



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT

HANDEL &
MARKT

TECHNIK



UNTERNEHMEN

★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM**113,81 €/MWh**

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS**43,99 €/MWh**

EEX Spot THE (End of Day)

ZITAT DES TAGES

*„Wir sind `on track`
beim Ziel, bis 2035 kli-
maneutral zu sein.“*

Georg Stamatelopoulos, EnBW
Vorstandschef zur Energiewen-
de

POLITIK

Wärmeplanungsänderu
stößt auf
Widerspruch

STROMNETZ

LEW schließt ersten
„netzneutralen“
Großspeicher ans
Netz an

BILANZ

Bremer SWB
investiert in Netze
und Wärmewende

Inhalt

TOP-THEMA

→ **BILANZ:** Investitionen für Energiewende steigen deutlich

POLITIK & RECHT

→ **POLITIK:** Wärmeplanungsänderung stößt auf Widerspruch

→ **INSIDE EU ENERGIE:** Die chinesische Gefahr

→ **POLITIK:** Schneider lehnt Reiches Energiewende-Pläne ab

HANDEL & MARKT

→ **VERANSTALTUNG:** „Wenn wir wollen, bekommen wir den Umstieg in 20 Jahren hin“

→ **STROMNETZ:** Envia M verzeichnet Anschlussboom

→ **GEOTHERMIE:** Polen will sich bis 2040 als europäischer Großversorger etablieren

→ **REGENERATIVE:** Kommunen sollen stärker profitieren

→ **WÄRMEMARKT:** Gradtagszahlen: Der April macht mit dem Heizbedarf, was er will

→ **ÖSTERREICH:** EABG-Regierungsvorlage: Netzbetreiber wollen Änderungen

TECHNIK

→ **STROMNETZ:** LEW schließt ersten „netzneutralen“ Großspeicher ans Netz an

→ **STUDIEN:** Stadtwerke mit Vertriebslücke bei Energiediensten

UNTERNEHMEN

- **BILANZ:** Bremer SWB investiert in Netze und Wärmewende
 - **BILANZ:** Miteinander statt Gegeneinander bei der Energiewende
 - **WIRTSCHAFT:** Edisun Power will Smartenergy Group übernehmen
 - **PERSONALIE:** Tibber bündelt Führung für zwei Märkte
 - **WIRTSCHAFT:** Charge X plant bundesweites Angebot
 - **PERSONALIE:** Phoenix Contact installiert CSO
 - **STATISTIK DES TAGES:** Wie weit ist die Welt vom Pariser-Klimaziel entfernt?
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** Energienotierungen zeigen sich uneinheitlich
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Investitionen für Energiewende steigen deutlich



Gasag-Bilanz für 2025 (v.l.): Matthias Trunk Vertriebsvorstand, CFO Stefan Hadre, CEO Georg Friedrichs. Quelle: Susanne Harmsen

BILANZ. Die Gasag-Gruppe aus Berlin hat 2025 ihren Gewinn und ihre Investitionen gesteigert. Das Unternehmen setzt verstärkt auf Wärmenetze, Geothermie und erneuerbare Energien.

Die Berliner GASAG-Gruppe hat im Geschäftsjahr 2025 ihren Jahresüberschuss deutlich erhöht und ihre Investitionen in die Energie- und Wärmewende ausgeweitet. Wie das Unternehmen am 7. Mai in Berlin mitteilte, stieg der Jahresüberschuss von 58 Millionen Euro im Vorjahr auf 102 Millionen Euro. Der Umsatz erhöhte sich von 1,63 Milliarden Euro auf 1,72 Milliarden Euro.

Die Unternehmensgruppe investierte 2025 insgesamt 184 Millionen Euro in Sachanlagen mit Transformationswirkung. Das entspricht einem Anstieg um 43 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Rund 85 Prozent der Gesamtinvestitionen fließen in Infrastrukturprojekte mit Klimaschutzbezug. Schwerpunkte waren Wärmenetze, erneuerbare Energien, klimaneutrale Versorgungslösungen und Netzinfrastruktur.

Der Vorstandsvorsitzende Georg Friedrichs erklärte, die Energiewende entscheide sich vor Ort, für Menschen und Gebäude. Die Gasag sichere heute die Energieversorgung und entwickle gleichzeitig Netze und Versorgungslösungen für die Zukunft weiter. Die wirtschaftliche Stabilität „ermöglicht uns hohe Investitionen bei fairen Preisen und macht Transformation erst glaubwürdig“, so Friedrichs.

Hervorragendes Ergebnis

Finanzvorstand Stefan Hadre begründete die Ergebnisentwicklung vor allem mit einem starken operativen Geschäft. Höhere Absatzmengen sowie eine stabile Kostenstruktur hätten das Ergebnis gestützt. Zusätzlich hätten Witterungs- und Bewertungseffekte positiv gewirkt.

Zugleich verwies Hadré auf steigende Netzentgelte. Diese seien 2025 unter anderem wegen der erstmaligen Anwendung der sogenannten KANU-Regulierung um 25 Prozent gestiegen. Die Gasag habe dabei nach eigenen Angaben einen „moderaten Weg“ gewählt, um die Kosten der vorzeitigen Abschreibung der Gasnetze auf möglichst viele Kundinnen und Kunden zu verteilen.



Geschäftsentwicklung der Gasag 2024 bis 2025 im Vergleich.

(Für Vollbild auf die Grafik klicken)

Quelle: Gasag

Unterstützung der Wärmewende

Im Mittelpunkt der Investitionen stehen laut Unternehmen konkrete Projekte für die kommunale Wärmeplanung. In Berlin soll diese bis Ende Juni 2026 vorliegen, in Brandenburg bis Mitte 2028. Friedrichs sagte, die Wärmeplanung schaffe mehr Transparenz und bessere Planbarkeit für private und gewerbliche Kunden.

Zu den bereits umgesetzten oder laufenden Projekten zählen Wärmenetze für neue Stadtquartiere in Berlin-Mariendorf oder in Spandau. Hinzu kommen Geothermie- und Hybridlösungen für innerstädtische Bestands- und Neubauprojekte, etwa in der Winterfeldtstraße oder im Quartier „Paule Panke“ in Pankow. Darüber hinaus baue die Gasag-Gruppe PV-, Wind- und Biomethanprojekte in Brandenburg aus.

Vertriebsvorstand Matthias Trunk erklärte, die Wärmewende funktioniere technisch und wirtschaftlich. Die Stärke des Unternehmens liege darin, Vorgaben aus der kommunalen Wärmeplanung in konkrete Projekte umzusetzen. Nach Angaben Trunks entwickelte sich insbesondere das Privatkundengeschäft positiv. „Nach der PV-Anlage im Vorjahr boomt derzeit die Wärmepumpe in der Nachfrage“, berichtete Trunk. Ergänzend biete die Gasag einen Energiemanager an, der Stromerzeugung, Speicher und Verbrauch digital steuert.

Höchster Kundenzuwachs erreicht

Trotz rückläufiger Kundenzahlen auf insgesamt rund 700.000 Kunden habe die Neukundenakquise 2025 den höchsten Stand seit Gründung des Unternehmens erreicht. Schwerpunkt seien Stromkunden. Laut Trunk profitierte die Gasag dabei von Erfahrungen aus der Energiekrise infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine.

Durch eine breitere Diversifizierung der Lieferanten habe man starke Preissprünge vermeiden können. Gleichzeitig verwies Friedrichs auf anhaltende Unsicherheiten an den Energiemärkten. Sollte sich die internationale Versorgungslage verschärfen, etwa durch eine Eskalation im Konflikt mit dem Iran, seien erneute Preissteigerungen nicht ausgeschlossen.

Politischer Rahmen unsicher

Die Unternehmensführung verwies auch auf regulatorische Unsicherheiten. Der Rahmen für die Transformation der Gasnetze befinde sich weiterhin im Aufbau. Offen seien unter anderem Fragen zur künftigen Rolle grüner Gase, zur Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) sowie zur Zukunft der Gasnetze. Friedrichs sagte mit Blick auf die Energiepolitik der Bundesregierung, Entscheidungen in der aktuellen Krisensituation seien komplex und müssten unterschiedliche Interessen ausgleichen, dennoch wünsche man sich manchmal früher Gewissheit.

Trotz der offenen regulatorischen Fragen halte die Gasag-Gruppe an ihrem Transformationspfad fest. Friedrichs erklärte, das Unternehmen verfolge weiterhin das Ziel der Defossilisierung bis 2045. Dabei setze es auf eine Kombination aus Versorgungssicherheit, wirtschaftlicher Stabilität und Investitionen in klimafreundliche Infrastruktur. // [VON SUSANNE HARMSEN](#)

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: Shutterstock / nitpicker

Wärmeplanungsänderung stößt auf Widerspruch

POLITIK. Der VKU und der BDEW begrüßen geplante Änderungen am Wärmeplanungsgesetz. Zugleich warnen sie vor Unsicherheiten durch neue Vorgaben im Gebäudesektor.

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) hat die geplanten Änderungen am Wärmeplanungsgesetz begrüßt. In einer Stellungnahme zur Novelle erklärte der Verband, die vorgesehenen Vereinfachungen könnten insbesondere kleineren Kommunen helfen, eigene Wärmepläne schneller und mit geringerem Aufwand zu erstellen. Demnach biete die Novelle des Wärmeplanungsgesetzes eine geeignete Gelegenheit, die Förderung verbindlich zu regeln. Dies könne die Planungs- und Investitionssicherheit für Fernwärmeprojekte verbessern.

Hintergrund der Debatte ist der Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) zur Änderung des Wärmeplanungsgesetzes. Dieses sieht eine Abschwächung der Vorgaben für kleinere Kommunen vor sowie weniger Verbindlichkeit der erstellten Wärmepläne. Parallel plant die Bundesregierung eine Reform der Vorgaben für neue Heizungen. Künftig sollen unter anderem eine überarbeitete „Bio-Treppe“ sowie Quoten für grüne Gase und grüne Heizöle gelten.

VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing sagte, Kommunen mit begrenzten Ressourcen erhielten dadurch bessere Möglichkeiten, ihre Wärmeplanung umzusetzen. Zugleich fordert der Verband eine schnelle gesetzliche Absicherung der Bundesförderung effiziente Wärmenetze (BEW). Union und SPD hätten dies bereits im Koalitionsvertrag sowie im Eckpunktepapier zum geplanten Gebäudemodernisierungsgesetz (GMG) angekündigt.

Auch der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) unterstützt die geplante Fortführung der kommunalen Wärmeplanung. Entscheidend seien jedoch belastbare Wärmepläne und eine gesicherte Finanzierung der Umsetzung.

Regelwerke besser abstimmen

Kritisch sieht der VKU das Zusammenspiel zwischen Wärmeplanungsgesetz und Gebäudemodernisierungsgesetz. Neue Vorgaben wie die sogenannte „Bio-Treppe“ oder Quoten für grüne

Energieträger dürften den Ausbau von Wärmenetzen nicht behindern, erklärte Liebing. Beide Regelwerke müssten eng aufeinander abgestimmt werden.

BDEW-Hauptgeschäftsführerin Kerstin Andreae bezeichnete die Wärmeplanung als zentrales Instrument für die Wärmewende vor Ort. Sie könne Investitionen in moderne Infrastrukturen anstoßen und die Versorgungssicherheit stärken. Nach Einschätzung des BDEW dürfe die Verbindlichkeit der Wärmeplanung nicht abgeschwächt werden.

Andreae erklärte zugleich, kleinere Kommunen müssten stärker unterstützt werden, damit sie Wärmepläne erstellen können. Zudem müsse die Infrastrukturplanung für Strom-, Gas- und Wärmenetze besser miteinander verzahnt werden. Der BDEW fordert darüber hinaus eine Weiterentwicklung des Wärmeplanungsgesetzes hin zu einer integrierten Energieinfrastrukturplanung. Diese müsse laut Andreae stärker mit Netzentwicklungsplänen für Strom und Gas sowie mit Transformations- und Dekarbonisierungsfahrplänen abgestimmt werden.

Kommunen skeptisch

Mehrere Kommunen sehen diese Pläne kritisch. Laut Presseberichten warnen Städte vor steigenden Kosten und Unsicherheiten für Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Stadt Essen erklärte, die bisherige 65-Prozent-Regel im Gebäudeenergiegesetz (GEG) für erneuerbare Energien habe sich grundsätzlich bewährt. Die Einführung von Grüngasquoten sei dagegen mit Risiken verbunden, da Verfügbarkeit und Preisentwicklung grüner Gase schwer kalkulierbar seien.

Eine stärkere Technologieoffenheit könnte Investitionen in klimafreundliche Lösungen verzögern. Hinzu kommen Zweifel an der ausreichenden Verfügbarkeit klimaneutraler Gase. Ein Fachbericht des Umweltbundesamtes aus dem Jahr 2025 beziffert die Biomethan-Einspeisung in Deutschland für 2023 auf rund 10,7 Terawattstunden. Der Erdgasbedarf privater Haushalte lag dagegen bei etwa 254 Terawattstunden. Auch Wasserstoffheizungen gelten nach Untersuchungen des Kopernikus-Projekts Ariadne im Gebäudesektor als vergleichsweise ineffizient und teuer.

Zusätzlich verweisen Experten auf das sogenannte Last-Customer-Problem. Wenn künftig weniger Haushalte Gasnetze nutzen, verteilen sich deren Fixkosten auf immer weniger Anschlüsse. Laut einer Analyse der Denkfabrik Agora Energiewende könnten dadurch die Netzentgelte für verbleibende Gaskunden deutlich steigen. // VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Die chinesische Gefahr



Quelle: Pixabay / NakNakNak / E&M

INSIDE EU ENERGIE. Unser Brüsseler Korrespondent Tom Weingärtner kommentiert in seiner Kolumne „Inside EU Energie“ energiepolitische Themen aus dem EU-Parlament, der EU-Kommission und den Verbänden.

Die EU-Kommission wird keine Projekte mehr fördern, in denen Wechselrichter aus China verwendet werden. Das soll erst der Anfang sein.

Bereits im Dezember hatte die EU-Kommission angekündigt, systematischer als bisher gegen Gefahren für die „ökonomische Sicherheit“ der Union vorzugehen. In Brüssel will man sich zunächst darauf konzentrieren, die Sicherheit in sechs „Hochrisikobereichen“ zu verbessern, durch: den Abbau strategischer Abhängigkeiten, mehr sichere Investitionen von außerhalb der EU, die Unterstützung strategischer

Industriezweige, die Sicherung einer führenden Rolle der EU bei kritischen Technologien, den Schutz der Infrastruktur sowie von sensiblen Daten und Informationen. „In einer unbeständigeren und unvorhersehbareren Welt muss Europa seine strategischen Handlungsmöglichkeiten anpassen und sich auf jedes mögliche Szenario vorbereiten“, sagt Industriekommissar Stephane Sejourné.

Bei der Umsetzung dieser Strategie sind seinen Beamten die Wechselrichter aus China als erstes aufgefallen. Sie erfüllen gleich zwei Voraussetzungen, um als besonderes Risiko für die europäische Wirtschaft eingestuft zu werden.

Blackout-Risiko und erdrückender Marktanteil

In Brüssel macht man kein Geheimnis daraus, dass die chinesischen Wechselrichter im Ernstfall benutzt werden könnten, um das europäische Stromnetz lahmzulegen und einen Blackout ungekannten Ausmaßes zu verursachen. Es könne jedenfalls nicht ausgeschlossen werden, dass China über die Wechselrichter Daten gewinnen, manipulieren und in das europäische Netz eindringen könne.

Das zweite Risiko ist der große Marktanteil, den China mit seinen Produkten erreicht hat. Ungefähr 80 Prozent der Wechselrichter, die im letzten Jahr in Europa verbaut wurden, stammen aus der Volksrepublik. Eine Unterbrechung der Lieferungen würde die EU in eine schwierige Lage bringen. Man versuche nicht, von fossilen Brennstoffen unabhängig zu werden, um sich an anderer Stelle in neue Abhängigkeiten zu begeben, heißt es in Brüssel.

Die Kommission hat deswegen bereits am 1. April beschlossen, dass sie keine Projekte mehr fördert, in denen Wechselrichter aus „Hochrisikoländern“ verwendet werden. Formal betrifft das neben China auch Produkte aus Russland, Nordkorea und dem Iran. Letztere haben jedoch wirtschaftlich keine Bedeutung. Der größte Anbieter, Huawei, kritisiert das Vorgehen der EU als ungerechtfertigte Diskriminierung. Die Kommission habe „keine Fakten oder technische Beweise“ vorgelegt.



Tom Weingärtner

Quelle: E&M

Betroffen sind alle Projekte, die mit dem Stromnetz der EU verbunden sind, auch außerhalb der EU, zum Beispiel auf dem Balkan. Die neuen Regeln werden auf alle Förderanträge angewendet, die nach dem 31. Oktober 2026 gestellt werden. Projekte, deren Planung schon weit fortgeschritten ist, sollen nicht verzögert werden.

Die Kommission geht davon aus, dass sie damit etwa ein Fünftel des Marktes von chinesischen Wechselrichtern säubern kann. Bei Off-Shore-Projekten seien es sogar vier Fünftel, heißt es in Brüssel. Um den Einsatz der Wechselrichter aus China ganz zu verbieten, fehlt der Behörde die Zuständigkeit. Der Inverter-Ban sei aber nur der erste Schritt.

Als nächstes werde man sowohl mit den Mitgliedsstaaten als auch mit befreundeten Drittstaaten reden, damit diese ebenfalls gegen die chinesische Gefahr vorgehen. Die Kommission werde in allen Gremien, in denen sie Sitz und Stimme habe, darauf dringen, dass chinesische Wechselrichter nicht verwendet würden,

zum Beispiel im Verwaltungsrat der Europäischen Investitionsbank (EIB) oder der Europäischen Wiederaufbaubank (EBRD).

In Brüssel will man die chinesischen Produkte allerdings nicht nur aus den geförderten Projekten sondern aus dem ganzen Markt verdrängen. Die Kommission wartet darauf, dass sich das Europäische Parlament und der Ministerrat auf das Cybersicherheits-Gesetz (Cybersecurity Act) verständigen. Dann könnte sie den Einsatz chinesischer Wechselrichter überall in der EU unterbinden.

Auch Beschränkungen für andere Produkte sind im Gespräch

In Brüssel wird darüber jedenfalls nachgedacht, auch wenn die Kommission betont, dass ein „angemessenes“ Vorgehen angezeigt sei. Vorerst jedenfalls sei nicht geplant, die bereits verbauten Komponenten aus China in Frage zu stellen. Der nächste Schritt würde sich allerdings auch auf den Ersatz chinesischer Wechselrichter erstrecken. Außerdem wird in Brüssel geprüft, ob der Einsatz auch andere Produkte aus Hochrisikoländern eingeschränkt oder verboten werden sollte.

Im Hinblick auf die Wechselrichter erwartet die Kommission keine Engpässe bei der Versorgung. Neben europäischen Anbietern gebe es auch japanische oder südkoreanische Produkte. Mehr Sicherheit habe allerdings einen Preis. Die Gesamtkosten der geförderten Projekte würden voraussichtlich um zwei Prozent steigen. // VON TOM WEINGÄRTNER

[^ Zum Inhalt](#)

Schneider lehnt Reiches Energiewende-Pläne ab



Quelle: Pixabay / Ralph Lindner

POLITIK. Im Streit um den Ausbau erneuerbarer Energien ist die Bundesregierung uneins. Der Umweltminister meint: Eine Stärkung insbesondere von Wind- und Solaranlagen müsse kommen.

Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) erteilt Plänen von Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) zur Energiewende eine Absage. „Ich bin für Effizienz, überhaupt keine Frage, ich bin für Kostenersparnis. Aber ich bin strikt dagegen, dass wir ein Stoppschild für den Ausbau von Erneuerbaren-Energie-Anlagen setzen“, sagte Schneider in Berlin.

Reiche hat ein Netzpaket vorgelegt, mit dem sie Zubau von Wind- und Solaranlagen besser an den hinterherhinkenden Netzausbau anpassen will. Teure Abregelungen durch Engpässe in den Stromnetzen sollen vermieden werden. In Gebieten, in denen es besonders eng ist, sollen Betreiber neue Windräder oder Solaranlagen nur errichten dürfen, wenn sie für zehn Jahre auf Entschädigungen bei einer Abregelung verzichten. Energieverbände kritisieren, damit würde der Einspeise- und Anschlussvorrang für erneuerbare Energien faktisch aufgehoben.

Schneider sagte, eine Stärkung insbesondere von Wind- und Solaranlagen müsse kommen. Dazu gebe es innerhalb der Bundesregierung noch Dissens. Der Vorschlag des Wirtschaftsministeriums sei nicht der Vorschlag der Bundesregierung. Die SPD werde sich „noch stark verändernd einbringen“ im Sinne des Klimaschutzes und der Energie-Unabhängigkeit. // VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Die DGMK hielt ihre Frühjahrstagung 2026 in Münster ab. Quelle: Volker Stephan

„Wenn wir wollen, bekommen wir den Umstieg in 20 Jahren hin“

VERANSTALTUNG. Manchmal hilft ein Blick zurück, um positiv in die Zukunft zu schauen. Die Erdgas Münster GmbH glaubt an den Umstieg auf Wasserstoff, CO₂-Speicherung und Geothermie binnen 20 Jahren.

Stephan Dietzmann ist kein Mann für Trübsal. Der Geschäftsführer der Erdgas Münster GmbH glaubt an den Fortschritt und Hochlauf diverser Technologien, die aktuell aus unterschiedlichen Gründen noch einen Stotterstart hinlegen. „Wir haben vor 60 Jahren aus dem Nichts die Erdgasversorgung in Deutschland aufgebaut“, so Dietzmann, „wenn wir wollen, bekommen wir in den kommenden 20 Jahren auch den Umstieg auf Wasserstoff, CCS und erneuerbare Energien wie Geothermie hin.“

Der Erdgas-Manager teilte seine Gedanken über die bis 2045 zu erreichenden Klimaziele mit mehr als 500 Menschen auf der Frühjahrstagung der Deutschen Wissenschaftlichen Gesellschaft für nachhaltige Energieträger, Mobilität und Kohlenstoffkreisläufe (DGMK) und ihrer Partnerorganisation Österreichische Gesellschaft für Energiewissenschaften (ÖGEW) am 6. Mai in Münster. Dort veranstaltete der DGMK-Fachbereich Geo-Energiesysteme und Untertagetechnologien das zweitägige Zusammentreffen.

Seinen optimistischen Blick begründete Dietzmann zum Beispiel damit, dass 60 Prozent der Leitungen für das künftige Wasserstoff-Kernnetz bereits gebaut seien. Nicht alles neu errichten zu müssen, sei ein großer Vorteil. Weitere Leitungen zu bauen und die alten Gasröhren H₂-tauglich zu machen, sei keine unmögliche Aufgabe.

Wichtiger Dienstleister mit historischen Wurzeln

Dietzmanns Arbeitgeber ist historisch der erste und heute der wichtigste Dienstleister für die in Deutschland Erdgas fördernden und produzierenden Unternehmen. Etwa die Hälfte des im Inland produzierten Erdgases vermarktet das Unternehmen. Erdgas Münster gehört fast folgerichtig den fünf großen Gasproduzenten BEB, Neptune Energy, Exxon Mobil, Vermilion und Harbour Energy (zuvor: Wintershall Dea).

Erdgas Münster zeichnete in den Anfängen neben der Abnahme des Erdgases an den Bohrlöchern und dessen Aufbereitung auch für den Transport des Gases verantwortlich. Davon musste das Unternehmen

sich nach Maßgabe des Energiewirtschaftsgesetzes trennen, diese Aufgabe übertrug es auf die Tochtergesellschaft Nowega. Damit verkleinerte sich das Leitungsnetz der Erdgas Münster von 2.200 Kilometern auf heute etwa 750 Kilometer.

Zum bestehenden Leitungsnetz der Nowega zählen etwa 400 Kilometer des kommenden H2-Kernnetzes, das sich in Deutschland auf rund 9.000 Kilometern ausbreiten soll. Die Nowega habe nach aktuellen Planungen 28,5 Kilometer neu zu bauen, so Dietzmann. Schließlich seien die Leitungen perspektivisch auf den Transport von H2 vorzubereiten.

Kein Platzmangel für CCS

Auf das Abscheiden und Speichern von Kohlendioxid (CCS) blickt Stephan Dietzmann ebenfalls gespannt. Die ersten Ziele von EU und Deutschland jedenfalls seien mit den vorhandenen Speicherkapazitäten zu erreichen, sagte er. Die EU wolle bis 2030 50 Millionen Tonnen CO₂ einlagern, die europäischen Lagerstätten könnten 50 bis 500 Milliarden Tonnen CO₂ fassen. „Platz ist da“, so Dietzmann.

Das gelte auch für Deutschland. Hierzulande könnten bald ausgeförderte Erdgasfelder 2 bis 3 Milliarden Tonnen CO₂ aufnehmen, bei jährlich etwa 40 bis 50 Millionen Tonnen CO₂, die in den Prozessen der Industrie auch künftig nicht zu vermeiden seien. „Auch das passt gar nicht schlecht“, so Dietzmann. Dafür sei nun eine funktionierende und sich rechnende Wertschöpfungskette aufzubauen.

Der Blick in die jüngere Vergangenheit stimmte ihn aber nicht nur optimistisch. „Es tut schon weh“, sagte Stephan Dietzmann mit Verweis auf die Praxis in Deutschland, die Förderung von Frackinggas aus dem Erdreich seit 2011 nicht mehr zu genehmigen. Bis zu 2,3 Billionen Kubikmeter Gas aus dem Schiefergestein zu gewinnen „wäre ein Beitrag zur Versorgungssicherheit“, zumal die Menge des in Deutschland herkömmlich geförderten Gases sukzessive zurückgehe.



Stephan Dietzmann glaubt an den Durchbruch für diverse Klimatechnologien bis 2045
Quelle: Volker Stephan

// VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)

Envia M verzeichnet Anschlussboom



110-kV-Schaltanlage. Quelle: Günter Drewnitzky

STROMNETZ. Allein 2026 investiert die „enviaM-Gruppe“ rund 600 Millionen Euro in die Erneuerung und Erweiterung der Stromnetze. Bis 2030 sind weitere 3 Milliarden Euro geplant.

Die Basis für die hohen Investitionen in leistungsfähige und resiliente Infrastrukturen lege der erfolgreiche wirtschaftliche Kurs des Unternehmensverbundes, wie es bei der Jahrespressekonferenz hieß: Mit einem Geschäftsergebnis von 363,7 Millionen Euro im Jahr 2025 (2024: 353,3 Millionen Euro) baue die Envia-M-Gruppe ihre wirtschaftliche Stärke weiter aus.

„Die Energiewende geht in die entscheidende zweite Halbzeit. Um sie weiterhin erfolgreich umzusetzen, braucht man Verlässlichkeit und Investitionskraft. Genau dafür steht die Envia-M-Gruppe. Damit bleiben wir aktiver Gestalter der Energiewende in Ostdeutschland“, erklärte Vorstandsvorsitzender Stephan Lowis. „Unser Netzgebiet ist Vorreiter bei der Einspeisung erneuerbarer Energien. Die erneuerbare Stromeinspeisung liegt mit 133 Prozent deutlich über dem Branchendurchschnitt. Das ist ein klarer Standortvorteil.“

Hohe Nachfrage durch Batteriespeicher und Rechenzentren

Die Dynamik unterstreichen auch die aktuellen Zahlen: Zwischen Dezember 2024 und Dezember 2025 wurden rund 27.000 neue Photovoltaikanlagen, mehr als 60 Windenergieanlagen sowie etwa 10.000 Speichermodule in das Netz integriert. Parallel dazu stieg die Nachfrage aus Industrie, Gewerbe, Rechenzentren und Großspeichern deutlich an. Ende Januar 2026 lagen rund 3.100 Anschlussanfragen mit einem potenziellen Leistungsbedarf von rund 124.000 MW vor.

Die installierte Gesamtleistung erneuerbarer Energien im Netzgebiet erreichte nach Angaben von Envia M im Jahr 2025 mehr als 13.000 MW, ein deutlicher Zuwachs gegenüber den Vorjahren. Vor dem Hintergrund des anhaltenden Netzanschlussbooms gelte es, so Lowis, den Zugang zu begrenzten Netzkapazitäten anzupassen. Die Bundespolitik müsse hierfür geeignete Rahmenbedingungen schaffen.

Erzeugung und Netze als Eckpfeiler der Transformation

Auch in der Eigenerzeugung hat die Envia-M-Gruppe ihren Wachstumskurs fortgesetzt. Die installierte Leistung erneuerbarer Energien stieg demnach 2025 auf rund 214 MW. Wesentliche Beiträge leisten der neue Solarpark Auenhain bei Leipzig sowie Photovoltaikanlagen auf eigenen Unternehmensstandorten.

Der Anteil erneuerbarer Energien am Stromaufkommen liegt, wie es bei der Jahrespressekonferenz hieß, bei 59,2 Prozent, in der Wärmeversorgung bei 18,2 Prozent. Die Dekarbonisierung der Fernwärme werde weiter vorangetrieben – unter anderem durch den geplanten Einsatz von Biomethan ab 2026 an den Standorten Meuselwitz, Plauen, Herzberg und Vetschau.

Zur Ertüchtigung der Netze gehört auch die Digitalisierung: Jeden Tag gehen rechnerisch drei digitale Ortsnetzstationen und drei Trafostationen mit digitaler Technik ans Netz. Bis 2030 sollen mehr als 4.000 digitale Trafostationen aufgebaut und 3.000 digital nachgerüstet sein.

Zum Jahresende 2025 beschäftigte der Unternehmensverbund 4.566 Mitarbeitende, darunter 318 Auszubildende und dual Studierende. Allein im Jahr 2025 gab es 405 Neueinstellungen, darunter 106 Auszubildende. EnviaM beliefert rund 1,1 Millionen Kunden in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg sowie Thüringen mit Strom, Gas, Wärme und schnellem Internet. // VON GÜNTER DREWNITZKY

Polen will sich bis 2040 als europäischer Großversorger etablieren



Quelle: Fotolia / Cardaf

GEOTHERMIE. Nicht einmal ein Prozent der zurzeit in Polen erzeugten Fernwärme stammt aus geothermischen Quellen. Dennoch wird dem Land eine goldene Zukunft in puncto Geothermie prognostiziert.

2023 legte das Consultingunternehmen Mc Kinsey eine Studie vor, wonach 2045 gut ein Drittel des nationalen Bedarfs an Fernwärme über Geothermie abgedeckt werden könnte. Das Ministerium für Klima und Umwelt will bis mindestens 2040 Geothermie sowohl im Niedertemperatur- als auch im Mitteltemperaturbereich fördern.

Den Prognosen zufolge weist Geothermie das größte technische Potenzial aller in Polen verfügbaren erneuerbaren Energiequellen auf. Die Kapazität wird auf 1.512 PJ im Jahr geschätzt, was etwa 30 Prozent des polnischen Wärmebedarfs entspricht. Die geothermischen Ressourcen in 3 Kilometer Tiefe wiederum werden mit 625.000 PJ/Jahr veranschlagt, wobei sich der jährliche Bedarf Polens auf etwa 4.200 PJ beläuft. Daher heben die politisch Verantwortlichen gern hervor, dass Polen innerhalb der nächsten beiden Jahrzehnte zu einem europäischen Großversorger für Geothermie aufsteigen könnte.

Im Zuge einer Analyse von über 1.000 Bohrungen wurden digitale Karten der Geothermie-Ressourcen im ganzen Land erstellt. Dabei stellte sich heraus, dass sich viele von ihnen mit hoch urbanisierten und industriellen Gebieten wie Warschau, Posen, Lodz, Stettin oder Torun überschneiden.

Derzeit werden mit Torun, Zakopane, Stargard, Kolo, Sieradz, Mszczonow, Pyrzyce, Poddębice und Uniejow neun Städte mit Fernwärme aus geothermischen Quellen versorgt. Die Errichtung weiterer Heizwerke ist geplant, unter anderem soll eine Großanlage in der östlichen Metropole Krakau entstehen.

Von der Notlösung zum anerkannten Vorreiter

Als Vorreiter bei der Nutzung von Geothermie haben sich das Geothermie-Heizwerk im unweit von Stettin gelegenen Pyrzyce und die Geotermia Podhalanska in der Region Podhale nahe Krakau einen Namen gemacht.

Geotermia Podhalanska hat sich dem Ausbau der geothermischen Infrastruktur in der Region Podhale verschrieben. Dazu gehört unter anderem eine Produktionsbohrung namens Banska PGP-7, die voraussichtlich eine Tiefe von 4.052 Meter erreichen und eine Förderrate von rund 350 Kubikmeter/h sowie eine Wassertemperatur von etwa 85 Grad aufweisen wird. Umgerechnet mehr als 27 Millionen Euro investiert das Unternehmen zurzeit in Probebohrungen in ganz Polen.

Schon seit 1996 wird in Pyrzyce Geothermie zur Wärmeversorgung der 13.000 Einwohner zählenden Kommune genutzt. Der durchschnittliche jährliche Anteil der Geothermie an der gesamten Wärmeerzeugung liegt bei 59 Prozent. Das zwischen 1992 und 1997 errichtete Heizsystem umfasst ein Geothermie-Gasheizwerk mit einer Spitzenleistung von 48 MW, ein Fernwärmenetz aus vorisolierten Rohren mit einer Länge von 15 Kilometer, ein sich über 28 Kilometer erstreckendes Steuerungs- und Meldenetz sowie 66 vollautomatische Heizstationen.

Dabei war die Entstehung des heutigen Geothermie-Vorreiters finanzieller Not geschuldet. 1992 startete das Investitionsprojekt „Geothermie-Heizwerk Pyrzyce mit Fernwärmenetz“ auf Grundlage einer 1991 erstellten Wärmebilanz, im Zuge dessen die vorhandenen Fernwärmeanlagen überholt werden sollten.

Wegen finanzieller Schwierigkeiten während der Projektlaufzeit sahen sich die Verantwortlichen in der Gemeinde aber gezwungen, nach Alternativen zu suchen.

Das Pilotprojekt wurde dann vom damaligen Ministerium für Umweltschutz, natürliche Ressourcen und Forstwirtschaft genehmigt, was in die Gründung der Geotermia Pyrzyce am 5. Dezember 1994 mündete. Anteilseigner sind der Nationale und Provinzielle Fonds für Umweltschutz und Wasserwirtschaft in Warschau, die Gemeinde Pyrzyce und der Fiskus Staatshaushalts. Die Investitionskosten beliefen sich auf umgerechnet 12 Millionen Euro.

Heute ist durch vier Geothermiebohrungen in Gestalt von zwei Förder- und zwei Injektionsbohrungen in einer Tiefe von rund 1.630 Meter gewährleistet, dass die Temperatur des geförderten Geothermalwassers nicht wesentlich absinkt. Durch die Nutzung der aus dem Geothermalwasser erzeugten Wärme werden jährlich rund 20.000 Tonnen konventioneller Brennstoff eingespart. Allerdings verursacht der hohe Mineralgehalt des zutage geförderten Wassers (122 g/l) erhebliche Probleme im Systembetrieb. Das Wasser ist reich an Natriumchlorid, Brom, Jod, Eisen, Mangan und Borverbindungen und wird derzeit in Miniatur-Salzwasser-Gradiertürmen verwendet. // VON KARIN ROGALSKA

[^ Zum Inhalt](#)

Kommunen sollen stärker profitieren



Quelle: Shutterstock / elxeneize

REGENERATIVE. Wind- und Solarparks sollen Kommunen in Sachsen-Anhalt zusätzliche Einnahmen bringen. Energieminister Armin Willingmann (SPD) wirbt für mehr Akzeptanz vor Ort.

Der Ausbau erneuerbarer Energien soll Städten und Gemeinden in Sachsen-Anhalt künftig stärker finanzielle Vorteile bringen. Darauf hat Energieminister Armin Willingmann (SPD) beim Jahrestreffen des Landesnetzwerks „Energie und Kommune“ in Bernburg südlich von Magdeburg (Sachsen-Anhalt) hingewiesen. Anlass war das seit Oktober 2025 geltende Akzeptanz- und Beteiligungsgesetz des Landes.

Seit Inkrafttreten des Gesetzes erhalten Kommunen Geld von Betreibern neuer Wind- und Solarparks. Für neue oder repowerte Windenergieanlagen fließen demnach jährlich mindestens 5.500 Euro je MW installierter Leistung an die Gemeinden. Ein modernes Windrad mit 6 MW Leistung bringt damit mindestens 33.000 Euro pro Jahr ein. Bei Photovoltaik-Freiflächenanlagen beträgt die Mindestabgabe laut Ministerium 2.500 Euro je MW. Eine Anlage mit 5 MW würde damit jährlich mindestens 12.500 Euro an die Kommune zahlen. In besonders ertragreichen Jahren könnten die Beträge höher ausfallen.

Willingmann erklärte laut einer Mitteilung seines Ministeriums, das Gesetz solle die Akzeptanz für den Ausbau Erneuerbarer stärken und den Kommunen zugleich zusätzliche finanzielle Spielräume eröffnen. „Wenn neue Windräder einen Spielplatz finanzieren oder der Solarpark den Heimatverein, dürfte das die Akzeptanz für erneuerbare Energien vor Ort erhöhen“, lässt sich der Minister zitieren. Er verwies zugleich auf die Preisrisiken fossiler Energieträger infolge internationaler Krisen und bezeichnete Wind- und Solarenergie als „Heimatenergien“.

Die Verwendung der Einnahmen liegt vollständig bei den Gemeinden. Laut Ministerium können sie die Mittel etwa in Sportanlagen, touristische Infrastruktur oder Spielplätze investieren. Darüber hinaus ermöglicht das Gesetz auch individuelle Beteiligungsmodelle. Gemeinden und Betreiber können beispielsweise vergünstigte Bürgerstromtarife oder pauschale Zahlungen an Einwohner vereinbaren. Anspruchsberechtigt sind bei Windenergieanlagen Kommunen im Umkreis von 2,5 Kilometern um die Anlage. Bei Photovoltaik-Freiflächenanlagen erhalten diejenigen Gemeinden Zahlungen, auf deren Gebiet

20 Grad Celsius und der örtlichen Außentemperatur. Bei Außentemperaturen von mindestens +15 Grad Celsius lautet die Gradtagszahl auf null. // VON GEORG EBLE

[^ Zum Inhalt](#)

EABG-Regierungsvorlage: Netzbetreiber wollen Änderungen



Quelle: Pixabay / Jürgen Sieber

ÖSTERREICH. Nicht zuletzt die Vorgaben zu den sogenannten Trassenkorridoren im geplanten Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungs-Gesetz sind problematisch, warnt das Forum Versorgungssicherheit.

Die Betreiber der österreichischen Verteilnetze für Strom sowie gasförmige Energieträger wünschen einige grundlegende Änderungen an der Regierungsvorlage des Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungs-Gesetzes (EABG). Das berichtete der Geschäftsführer der Netz Oberösterreich, Michael Haselauer, bei einem Hintergrundgespräch der Netzbetreiber-Initiative „Forum Versorgungssicherheit“ am 7. Mai.

Im Fokus sind laut Haselauer nicht zuletzt die geplanten Vorgaben bezüglich der Trassenkorridore für leitungsgebundene Energieträger. Die Vorlage verpflichtet die Netzgesellschaften, dem Bund sowie den Bundesländern parzellenscharfe Vorschläge im Maßstab 1:5.000 für derartige Korridore zu machen. Unter anderem ist darin anzugeben, ob „durch den Trassenkorridor eine Bündelung mit sonstigen linienförmigen Infrastrukturen stattfindet“ und „ob es konkrete Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten für die Errichtung und den Betrieb einer elektrischen Leitungsanlage im vorgeschlagenen Trassenkorridor gibt“.

Der Bund sowie die Länder haben die Vorschläge zu prüfen, einer Strategischen Umweltprüfung (SUP) zu unterziehen und in der Folge Trassenfreihaltungsverordnungen zu erlassen. Sie beziehen sich auf die kommenden zehn Jahre und sind alle vier Jahre auf ihre Aktualität zu prüfen. Innerhalb der dadurch festgelegten Korridore sind Raumplanungsänderungen, die den Leitungsbau erschweren könnten, untersagt. Werden jedoch nicht binnen fünf Jahren nach dem Erlassen der jeweiligen Verordnung die Errichtung und der Betrieb einer Stromleitung in dem freizuhaltenden Korridor beantragt, verfällt diese. Eine Verlängerung ihrer Gültigkeit um fünf Jahre ist zulässig.

Laut Haselauer klingt dies „grundsätzlich gut“, hat aber seine Tücken. Eine parzellenscharfe Planung bedeute, den Trassenkorridor so genau festlegen zu müssen, „dass man faktisch ein fertiges Projekt hat, das man zur Genehmigung einreichen könnte“. Damit aber laufe die Pflicht, den diesbezüglichen Korridor vorzuschlagen, darauf hinaus, ein und dieselbe Planungsarbeit quasi zwei Mal durchführen zu müssen. „Ich werde nicht schlau, was der Trassenkorridor an Verfahrensbeschleunigungen bringt“, bedauerte Haselauer. Auf Nachfrage der Redaktion hieß es seitens der Netz Oberösterreich, wünschenswert wäre, keine Pflicht, Trassenkorridore vorzuschlagen, einzuführen. Und falls eine solche komme, sollten die Vorschläge wenigstens nicht parzellenscharf erstellt werden müssen.

Überstunden und Überlastungen

Ein weiterer heikler Punkt in der Regierungsvorlage betrifft laut Haselauer die Einführung sogenannter „One Stop Shops“ für die Genehmigungsverfahren. Bei Vorhaben, die nur ein einziges Bundesland betreffen, sind dies die Landeshauptleute (Ministerpräsidenten). Für Projekte, die mindestens zwei Länder berühren, ist üblicherweise der Wirtschaftsminister zuständig. Haselauer zufolge bedeutet dies indessen, die Unterlagen zu sämtliche Themen von der Energietechnik bis zum Umweltschutz gleichzeitig einreichen zu müssen. Die Behörde wiederum habe alles mehr oder minder gleichzeitig zu prüfen: „Damit sind Überstunden und Überlastungen kaum zu vermeiden. Der Tag hat nun einmal nur 24 Stunden, nötig wären vermutlich 36.“

Als problematisch erachten die Netzbetreiber laut Haselauer ferner, dass die Behörden nur Personen als nichtamtliche Sachverständige bestellen dürfen, die in den vergangenen zwei Jahren nicht für den jeweiligen Projektwerber beruflich oder in einer sonstigen Weise tätig waren, die ihre Unbefangenheit beeinträchtigen könnte. Seine Argumentation: In Österreich gebe es eine recht überschaubare Zahl entsprechender Fachleute: „Deshalb führt diese Regelung zu weiteren Verzögerungen in der Gutachtererstellung.“

Und etliche Verfahren dauern Haselauer zufolge ohnehin „viel zu lange“. An einer rund 40 Kilometer langen 110-kV-Leitung im Mühlviertel im Norden Oberösterreichs arbeitet sein Unternehmen seit 2017. Im März dieses Jahres erging die Genehmigung erster Instanz. Mit der Inbetriebnahme ist laut der Netz Oberösterreich frühestens Anfang 2029 zu rechnen. Mit ebenfalls etwa 40 Kilometer langen Projekt im Kremstal südlich der Landeshauptstadt Linz begann das Unternehmen im Jahr 2010. Nach dem Zug durch die österreichischen Instanzen war damit 2018 der Europäische Gerichtshof befasst, der es an das Wiener Bundesverwaltungsgericht zurückverwies. Im Dezember 2021 ging die Leitung schließlich in Betrieb.

Wie mehrfach berichtet, bedarf der Beschluss des EABG im Parlament einer Zweidrittelmehrheit. Ob er noch vor dem Sommer erfolgt, ist offen. Die Verhandlungen zwischen der Regierung und der Opposition sind im Gang. // VON KLAUS FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

TECHNIK



Der Batteriespeicher Balzhausen. Quelle: LVN

LEW schließt ersten „netzneutralen“ Großspeicher ans Netz an

STROMNETZ. Die LEW Verteilnetz hat im schwäbischen Balzhausen erstmals einen netzneutral betriebenen Batteriespeicher angeschlossen. Das Konzept soll den Speicherhochlauf beschleunigen.

Die LEW Verteilnetz (LVN) hat in Balzhausen (Landkreis Günzburg) erstmals einen sogenannten netzneutral betriebenen Batteriespeicher an ihr Stromnetz angeschlossen. Die Anlage verfügt über eine Leistung von 40 MW und eine Speicherkapazität von 80.000 kWh.

Mit dem neuen Anschlusskonzept will die LVN Batteriespeicher schneller und netzverträglicher integrieren. Hintergrund ist der starke Zubau von Speichern in Regionen mit hoher Einspeisung aus Photovoltaikanlagen.

Das Konzept der „netzneutralen Fahrweise“ sieht vor, dass Batteriespeicher in bestimmten Situationen ihre Einspeisung begrenzen – für maximal 1.000 Stunden pro Jahr. Ziel ist es, zusätzliche Netzbelastungen zu vermeiden und Netzkapazitäten effizienter zu nutzen.

„Wir brauchen deutlich mehr Speicher im Energiesystem – aber wir müssen sie so integrieren, dass die Netze jederzeit stabil betrieben werden können und die Speicher nicht um Anschlüsse mit EE-Anlagen konkurrieren“, lässt sich Barbara Plura, Projektleiterin bei der LVN, zitieren: „Mit der netzneutralen Fahrweise lösen wir genau diesen Zielkonflikt.“

Nach Angaben der LVN bestätigt eine Untersuchung der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE), dass die Begrenzung auf bis zu 1.000 Stunden pro Jahr die Wirtschaftlichkeit von Speichern nur gering beeinflusst. Insgesamt könnten auf diese Weise rund ein Gigawatt zusätzlicher Speicherleistung in das bestehende Netz integriert werden.

Der Speicher entstand im Umfeld des Pilotprojekts „Einspeisesteckdose“, mit dem die LVN neue Ansätze zur Integration erneuerbarer Energien und Speicher erprobt (wir berichteten). Der Standort in Balzhausen soll dabei den Auftakt für weitere Projekte in Bayerisch-Schwaben bilden. Die LVN spricht von einer hohen Nachfrage nach entsprechenden Netzanschlüssen.

Die LEW Verteilnetz betreibt das Stromverteilnetz im Südwesten Bayerns. Das Unternehmen gehört zur LEW-Gruppe. // [VON KATIA MEYER-TIEN](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Stadtwerke mit Vertriebslücke bei Energiediensten



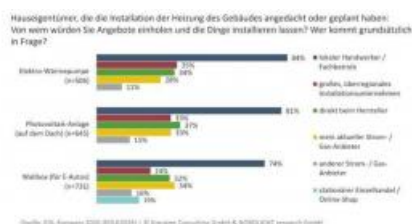
Quelle: Fotolia / Minerva Studio

STUDIEN. Eine Studie von Kreutzer Consulting und Nordlight Research zeigt, dass Energieversorger wichtige Ansprechpartner für Dienstleistungen sind, Aufträge aber an Handwerksbetriebe gehen.

Lokale Handwerksbetriebe bleiben für Privatkunden die wichtigste Anlaufstelle bei der Umsetzung von Energiedienstleistungen. Das zeigt die neue Studie „EDL-Kompass Privatkunden 2026“ von Kreutzer Consulting, einer Münchner Beratung für die Energiewirtschaft, und Nordlight Research, einem Marktforschungsunternehmen mit Sitz in Hilden.

Energieversorger und Stadtwerke würden von Kunden zwar weiterhin als kompetente Ansprechpartner wahrgenommen, verlören jedoch häufig beim konkreten Angebot und Vertragsabschluss gegen regionale Fachbetriebe. Vor allem bei Wärmepumpen zeigt sich laut der Untersuchung die starke Stellung des Handwerks.

Demnach würden 84 Prozent der Befragten, die eine Anschaffung oder Installation planen, Kauf und Einbau einer Elektro-Wärmepumpe über lokale Fachbetriebe abwickeln. Auch bei Photovoltaik-Anlagen und Batteriespeichern bevorzugen viele Kunden regionale Installationsunternehmen.



Ausgewählte Dienstleister für die Gebäudeenergie

Für Vollbild auf die Grafik klicken

Quelle: Kreutzer Consulting

Energieversorger spielen dagegen eher als ergänzende Option eine Rolle. Rund 30 Prozent der Befragten ziehen ihren aktuellen Strom- oder Gasanbieter grundsätzlich für Energiedienstleistungen in Betracht. Im Markt für Wallboxen sei das Wettbewerbsumfeld breiter aufgestellt. Dort konkurrieren laut Studie neben Energieversorgern und Herstellern auch Online- und stationäre Händler um Kunden.

Hintergrund der Studie

Für die Untersuchung befragten die Marktforscher rund 4.300 Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern, 327 Wohnungseigentümer sowie etwa 1.000 Mieter in Deutschland. Die Studie analysiert im zweiten Jahr in Folge Nachfrage, Nutzung und Kaufprozesse rund um Energiedienstleistungen und Energiewende-Technologien.

Die Autoren sehen zudem eine steigende Verbreitung von Wärmepumpen im Privatkundenmarkt. Der Anteil der Hauseigentümer mit installierter Wärmepumpe sei von 6 Prozent im Jahr 2025 auf aktuell 8 Prozent gestiegen. Mehr als 60 Prozent der Besitzer und Interessenten nennen laut Studie langfristige Kostenvorteile als wichtigsten Grund für die Anschaffung. Ebenfalls relevant seien Umweltaspekte sowie die Möglichkeit, Wärmepumpen mit Photovoltaik-Anlagen oder Batteriespeichern zu kombinieren.

Integrierter Markt von Wärme und Strom

Klaus Kreutzer, Geschäftsführer von Kreutzer Consulting, spricht von einem zunehmenden „integrierten Systemmarkt rund um Energie, Wärme und Flexibilität“. Energieversorger könnten ihre bestehenden Kundenbeziehungen, energiewirtschaftliche Kompetenz und digitale Vertriebsansätze nutzen, um marktfähige Energielösungen anzubieten, erklärte Kreutzer.

Der mehr als 250 Seiten umfassende „EDL-Kompass 2026“ untersucht neben Wärmepumpen, Photovoltaik-Anlagen und Batteriespeichern auch Wallboxen, Klimaanlage, Balkonkraftwerke, Smart-Home-Anwendungen sowie Home Energy Management Systeme (HEMS). Darüber hinaus analysiert die Studie Themen wie Energieberatung, dynamische Stromtarife und Fernwärme.

Der **EDL-Kompass** steht als PDF im Internet zur Verfügung. // VON SUSANNE HARMSEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



Quelle: Fotolia / Eisenhans

Bremer SWB investiert in Netze und Wärmewende

BILANZ. Die Bremer „swb AG“ hat 2025 das operative Ergebnis leicht verbessert und die Investitionen deutlich erhöht. Im Fokus stehen Netze, Fernwärme und klimafreundliche Erzeugung.

Der Bremer Energieversorger „swb“ hat das vergangene Geschäftsjahr 2025 mit einem leicht verbesserten operativen Ergebnis abgeschlossen und die Investitionen deutlich ausgeweitet, teilte das Unternehmen am 7. Mai mit. Nach Angaben des Unternehmens stieg das Investitionsvolumen verglichen zu Vorjahr um 77,8 Millionen Euro auf 264,4 Millionen Euro. Die Mittel fließen vor allem in den Ausbau der Strom- und Wärmenetze sowie in Anlagen für Energieerzeugung und thermische Abfallverwertung.

„Schauen wir aktuell auf das Geschäftsjahr 2026, verfolgen wir die Entwicklungen der gesamt- und energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen sehr genau, und gleichzeitig sind die Folgen der geopolitischen Ereignisse kaum abschätzbar. Wir erwarten dennoch ein gutes operatives Ergebnis etwas unterhalb des Vorjahresniveaus“, sagte Gunnar Geise, Vorstand Finanzen und Personal.

Der Konzernumsatz sank im Vergleich zum Vorjahr leicht von 1,71 Milliarden Euro auf 1,67 Milliarden Euro. SWB begründet dies mit geringeren Erlösen aus der Stromvermarktung infolge niedrigerer Marktpreise und rückläufiger Marktanteile. Das operative Ergebnis vor Zinsen und Steuern (Ebit) stieg dagegen von 150,5 Millionen Euro im Vorjahr auf nun 158,4 Millionen Euro. Positiv wirkte sich unter anderem die Entwicklung im Bereich Entsorgung aus. Die neue Fernwärme-Verbindungsleitung zwischen Müllheizkraftwerk und Heizkraftwerk Vahr erhöhte laut den Bremern im ersten Quartal 2025 den Wärmeabsatz.

Das Konzernergebnis ging auf 79,4 Millionen Euro zurück, nach 128,3 Millionen Euro im Vorjahr. Ausschlaggebend waren laut Unternehmen Bewertungseffekte bei Derivaten, die keine Auswirkungen auf die Liquidität hatten.

Wettbewerb belastet Marktanteile

Die Marktanteile in Bremen und Bremerhaven sanken 2025 leicht. In Bremen erreichte die SWB AG im Stromvertrieb 79 Prozent nach 81 Prozent im Vorjahr, beim Erdgas 75 Prozent nach zuvor 77 Prozent. In Bremerhaven lagen die Marktanteile bei 85 Prozent für Strom und 82 Prozent für Erdgas. Trotz der

Rückgänge liegen die Werte weiterhin über dem Niveau vor der Energiekrise, teilte der Versorger weiter mit.

Zum 1. Januar 2025 stellte das Unternehmen zudem die Strombeschaffung für Haushalte und kleinere Gewerbekunden vollständig auf Ökostrom um. Die Umstellung erfolgte ohne Preiserhöhung. Gleichzeitig verweist die SWB auf steigende Beschaffungskosten im Erdgasgeschäft. Die angekündigte Gaspreiserhöhung zum 1. Juli 2026 begründet das Unternehmen mit den Entwicklungen an den Energiemärkten und den geopolitischen Spannungen im Nahen Osten.

Hoher Investitionsbedarf bei Strom- und Wärmenetzen

Ein Schwerpunkt der Investitionen liegt auf dem Ausbau der Netzinfrastruktur. Die SWB sieht im Umbau der Energieversorgung hohe Anforderungen an Strom- und Wärmenetze. Im Fokus stehen neue Umspannwerke sowie die Erweiterung bestehender Leitungsnetze in Bremen und Bremerhaven. Nach Angaben von Technikvorstand Karsten Schneiker plant das Unternehmen in den kommenden Jahren Investitionen von mehr als einer halben Milliarde Euro allein in neue und erweiterte Umspannwerke. Mit der Energie- und Wärmewende werde sich das durchschnittliche Investitionsvolumen des Unternehmens mittelfristig nahezu verdreifachen.

Darüber hinaus treibt die SWB den Ausbau der Fernwärmeversorgung voran. Neue Anschlüsse entstanden unter anderem in der Bahnhofsvorstadt und in Schwachhausen in Bremen sowie in Bremerhaven-Lehe. Auch weitere Stadtgebiete sollen künftig an das Fernwärmenetz angebunden werden. Zugleich bauen die Bremer Versorgungslösungen für Quartiere aus. Im Bremer „Tabakquartier“ und im „Spurwerk“ realisierte das Unternehmen etwa Konzepte mit Photovoltaik, Wärmepumpen, Speichern und digitaler Systemtechnik. Zum Einsatz kommt dort auch die Nutzung von Wärme aus Abwasser.

Das Unternehmen sieht zudem Wachstumspotenzial bei Energiedienstleistungen. Seit 2025 erweitert SWB das Angebot für Haushalte und Gewerbekunden unter anderem um Photovoltaiklösungen, Wärmepumpen und Wallboxen.

Im Bereich Klimaschutz plant SWB am Kraftwerksstandort Hafen eine CO₂-Abscheideanlage für das Mittelkalorik-Kraftwerk. Nach Unternehmensangaben handelt es sich um die erste geplante CCS-Anlage an einer Müllverbrennungsanlage in Deutschland. Das abgeschiedene CO₂ soll dauerhaft in der Nordsee gespeichert werden. Die Investitionen liegen im hohen dreistelligen Millionenbereich und hängen von Fördermitteln der EU sowie von Bund und Land Bremen ab. Eine Entscheidung über Förderzusagen soll bis Ende des Jahres fallen. // [VON HEIDI ROIDER](#)

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



ENERGIETECHNIK

DAS KARRIEREPORTAL FÜR DIE ENERGIEWIRTSCHAFT

Rekrutieren Sie zielgenau in der Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.

Energietechnik Erneuerbare Energien Energiemanagement

08152 93 11 88 www.energiejobs.online

Miteinander statt Gegeneinander bei der Energiewende



Windpark He Dreiht. Quelle: EnBW / Rolf Otzipka

BILANZ. Bei der Hauptversammlung des Energiekonzerns EnBW betonte Vorstandschef Georg Stamatelopoulos, dass die Energiewende nur gelingen kann, wenn auch die Bezahlbarkeit berücksichtigt wird.

Entscheidend bei der Energiewende sei das Zusammenspiel aller Bereiche, wozu neben Nachhaltigkeit und Sicherheit auch der finanzielle Aspekt gehört. Die Herausforderung bestehe darin, die verschiedenen Teile des Energiesystems optimal aufeinander abzustimmen – vom Ausbau der Erneuerbaren über die Netzintegration bis hin zur Steuerung des Verbrauchs.

Stamatelopoulos bekräftigte, dass neue Gesetzesvorhaben systemdienlich gestaltet werden müssen, um die Transformation des Energiesystems erfolgreich voranzutreiben. In der Vergangenheit sei etwa der Ausbau der erneuerbaren Energien vorangetrieben worden, ohne den Netzausbau ausreichend zu berücksichtigen.

Ebenso müsse gewährleistet werden, dass während Dunkelflauten zuverlässige Stromquellen verfügbar seien. Gaskraftwerke sieht Stamatelopoulos als unverzichtbar, um auch in wind- und sonnenarmen Zeiten Strom liefern zu können. Diese Anlagen sollen künftig mit grünem Wasserstoff betrieben werden und ergänzen Batteriespeicher, die jedoch allein keine Versorgungssicherheit garantieren würden. „Entscheidend ist hier das Miteinander im Sinne des Gesamtsystems, nicht ein Gegeneinander“, so der EnBW-Chef.

EnBW sieht sich gut aufgestellt, um die Energiewende aktiv mitzugestalten und plant dafür Investitionen von bis zu 50 Milliarden Euro bis 2030. Voraussetzung dafür seien jedoch stabile energiepolitische Rahmenbedingungen.

Rekordinvestitionen in Erneuerbare und Netze

Im Geschäftsjahr 2025 hat der Energiekonzern mit einem Adjusted Ebitda von 5,1 Milliarden Euro das erwartete Ergebnisziel erreicht und das Jahr operativ erfolgreich abgeschlossen. Stamatelopoulos verglich in seiner Rede das Ergebnis mit denen früherer Jahre, als EnBW noch bei zwei bis 2,5 Milliarden Ebitda lag: „Wir spielen heute in einer anderen Liga.“

Die Investitionen stiegen auf 7,6 Milliarden Euro – ein Plus von 22 Prozent verglichen zum Vorjahr. 87 Prozent der Investitionen flossen in Wachstumsprojekte. Ein Schwerpunkt war dabei der Ausbau der Strom- und Gasnetze, wie etwa die Gleichstromleitungen Südlink und Ultranet, die den Stromtransport zwischen Nord- und Süddeutschland sichern sollen. Weitere Mittel flossen in den Ausbau der erneuerbaren Energien, zum Beispiel den bereits fünften EnBW-Offshore-Windpark „He Dreiht“ sowie in den Bau wasserstofffähiger und flexibel einsetzbarer Gaskraftwerke.

Insgesamt gelang 2025 ein Zubau von 800 MW bei Wind und Solar. Stamatelopoulos: „Damit sind inzwischen rund 66 Prozent unserer installierten Leistung erneuerbar. Das zeigt: Wir sind ‚on track‘ beim Ziel, bis 2035 klimaneutral zu sein. Und wir wollen bis spätestens 2050 auch die Emissionen im gesamten Einflussbereich der EnBW auf Netto-Null senken.“ Bis 2030 soll der Anteil erneuerbarer Energien auf 75 bis 80 Prozent steigen.

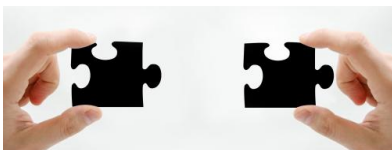
Prognose 2026

Für das laufende Geschäftsjahr wird auf Konzernebene ein Adjusted Ebitda zwischen 4,6 und 5,1 Milliarden Euro erwartet. Das Segment „Systemkritische Infrastruktur“ soll mit 2,5 bis 2,8 Milliarden Euro etwa das Vorjahresniveau erreichen – maßgeblich getragen von höheren Netznutzungserlösen. Für das Segment „Nachhaltige Erzeugungsinfrastruktur“ wird ein Ergebnis zwischen 2 und 2,3 Milliarden Euro prognostiziert, wobei die erneuerbaren Energien mit bis zu 1,3 Milliarden Euro einen wichtigen Beitrag leisten.

// VON GÜNTER DREWNITZKY

[^ Zum Inhalt](#)

Edisun Power will Smartenergy Group übernehmen



Quelle: Pixabay / Gerd Altmann

WIRTSCHAFT. Die Schweizer Edisun Power plant die Zusammenführung mit der Smartenergy Group und will Marktführer für grüne Energielösungen für Rechenzentren, Stromnetze und Transport werden.

Der Züricher Photovoltaikanbieter Edisun Power will die Geschäftstätigkeiten des Investors Smartenergy Group übernehmen und die beiden Unternehmen zusammenführen. Wie das Unternehmen mitteilte, soll sich die erweiterte Gesellschaft künftig auf Energielösungen für Rechenzentren, Stromnetze und den Transportsektor fokussieren und in diesem Bereich die globale Marktführerschaft anstreben.

Der Verwaltungsrat des Unternehmens beantragt bei der Generalversammlung dafür die Einführung eines Opting-out sowie eine Kapitalerhöhung von bis zu 440 Millionen Schweizer Franken (etwa 480 Millionen Euro). Zudem soll Edisun Power im Falle einer Zustimmung in Smartenergy umfirmiert und der Firmensitz nach Wollerau verlegt werden.

Edisun Power wickelt ihre Geschäfte nach eigenen Angaben bereits seit Jahren weitgehend über die Smartenergy Group AG ab. Mit der Zusammenführung soll die langfristige Weiterführung des

Unternehmens gestärkt werden.

Künftig will sich Edisun Power beziehungsweise Smartenergy auf drei Geschäftsfelder konzentrieren: erneuerbare Energien für Rechenzentren, synthetische Flugkraftstoffe (eSAF) und weitere Power-to-X-Anwendungen sowie Photovoltaik- und Windenergieprojekte mit Energiespeichern.

Edisun Power ist seit 2008 an der Schweizer Börse notiert und betreibt nach eigenen Angaben 32 Solarstromanlagen in mehreren europäischen Ländern. Das Unternehmen verfügt zudem über eine Projektpipeline von rund einer Million kW. // VON KATIA MEYER-TIEN

[^ Zum Inhalt](#)

Tibber bündelt Führung für zwei Märkte



Quelle: Fotolia / s_]

PERSONALIE. Die Führung von Tibber in Deutschland wechselt. Künftig verantwortet Wilko Klaassen zusätzlich das Geschäft in den Niederlanden.

Der digitale Ökostromanbieter Tibber aus Berlin stellt seine Führung in Mitteleuropa neu auf. Wilko Klaassen übernimmt als Senior Vice President Growth Markets die Verantwortung für Deutschland und die Niederlande. Er folgt auf Merlin Lauenburg, der das Unternehmen verlässt. Laut einer Mitteilung von Tibber plant er die Gründung eines eigenen Unternehmens im Energiebereich.

Mit der neuen Struktur bündelt der Stromanbieter erstmals die Führung beider Märkte. Das Unternehmen begründet den Schritt mit dem Wachstum dynamischer Stromtarife und flexibler Stromnutzung. Neue Funktionen und Integrationen sollen künftig parallel in Deutschland und den Niederlanden eingeführt werden.

Klaassen war erst Anfang dieses Jahres zu Tibber gewechselt. Zuvor war er für den Zahlungsdienstleister Klarna tätig. Dort verantwortete er unter anderem die Geschäftsentwicklung in den Niederlanden, Belgien und Frankreich sowie zuletzt das Belgien-Geschäft. Laut Tibber bringt er Erfahrung bei der internationalen Skalierung von B2C-Unternehmen mit.

Nach Angaben der Berliner verfügt inzwischen etwa jeder zehnte Haushalt in den Niederlanden über einen dynamischen Stromtarif. In Deutschland sei es etwa jeder 15. Haushalt. Tibber sieht darin einen Übergang vom Nischen- zum Massenmarkt.

Lauenburg hatte das Deutschland-Geschäft in den vergangenen Jahren aufgebaut. Laut Tibber verzehnfachte sich die Kundenzahl in Deutschland während seiner Amtszeit innerhalb von drei Jahren. Zudem verantwortete er die Entwicklung von Funktionen wie Smart Charging und Solar Charging.

// VON DAVINA SPOHN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Charge X plant bundesweites Angebot



Quelle: Pixabay / Mikes-Photography

WIRTSCHAFT. Charge X will sein Angebot für Ladeinfrastruktur in Gewerbeimmobilien bundesweit ausrollen. Die Finanzierung dafür sichern bestehende Investoren.

Der Münchner Ladeinfrastrukturanbieter „ChargeX“ baut sein Geschäft für Gewerbeimmobilien aus und will sein Angebot „ChargeX Estate“ bundesweit vermarkten. Das Unternehmen übernimmt dabei als Charge Point Operator (CPO) Planung, Betrieb und Abrechnung der Ladeinfrastruktur für Eigentümer und Verwalter von Gewerbeimmobilien, wie aus einer aktuellen Mitteilung von Charge X hervorgeht.

Nach Angaben des Unternehmens wurde das Modell bereits rund ein Jahr lang im Markt erprobt. Die Finanzierung des weiteren Ausbaus soll über bestehende Gesellschafter erfolgen, deren Mittel insbesondere in die Finanzierung der Ladepunkte sowie in den Aufbau des Kundenstamms im Immobiliensegment fließen sollen.

Mit dem Angebot adressiert Charge X Eigentümer und Verwalter von Gewerbeimmobilien, die regulatorische Anforderungen wie das Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz (GEIG) oder die europäische Gebäuderichtlinie EPBD erfüllen müssen. Charge X übernimmt dabei nach eigenen Angaben Vermietung, Installation, Wartung sowie Strombereitstellung und Abrechnung der Ladeinfrastruktur.

Grundlage des Angebots ist das modulare Ladesystem „Aqueduct“. Dieses kombiniert Lastmanagement, Steuerung und Abrechnung auf einer gemeinsamen Plattform. Nach Unternehmensangaben wurden bislang mehr als 6.000 Ladepunkte installiert, überwiegend im Bereich gewerblicher Immobilien.

Zu den Investoren zählen laut Charge X unter anderem UVC, BonVenture, Ponooc und Bayern Kapital.

// VON KATIA MEYER-TIEN

[^ Zum Inhalt](#)

Phoenix Contact installiert CSO



Stephan Volgmann. Quelle: Phoenix Contact

PERSONALIE. Die Geschäftsführung des Elektrotechnikunternehmens Phoenix Contact wird um einen Chief Sales Officer (CSO) erweitert.

Stephan Volgmann tritt zum 15. Mai die neu geschaffene Position des Chief Sales Officer (CSO) bei Phoenix Contact in Blomberg in Nordrhein-Westfalen an. Die Geschäftsführung wächst damit auf sechs Mitglieder, wie das Unternehmen mitteilt.

Der Geschäftsführung gehören neben CEO Dirk Görlitzer die beiden Chief Operating Officers Torsten Janwlecke und Ulrich Leidecker sowie Chief Digital Officer Frank Possel-Dölken und Chief Financial Officer Axel Wachholz an. Hinzu kommt nun Volgmann als CSO.

Mit der Entscheidung wolle der Hersteller von Komponenten und Systemen für Elektrotechnik, Automatisierung und Digitalisierung seine weltweite Vertriebsorganisation stärker auf Kunden und Märkte ausrichten, heißt es weiter heißt.

Volgmann begann nach einer technischen Ausbildung ein Studium der Elektrotechnik mit Schwerpunkt Nachrichtentechnik. Seit 2004 ist er bei Phoenix Contact tätig. Bis zu seiner Ernennung in die Geschäftsführung der Gruppe leitete er die deutsche Vertriebsgesellschaft des Unternehmens.

// VON STEFAN SAGMEISTER

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

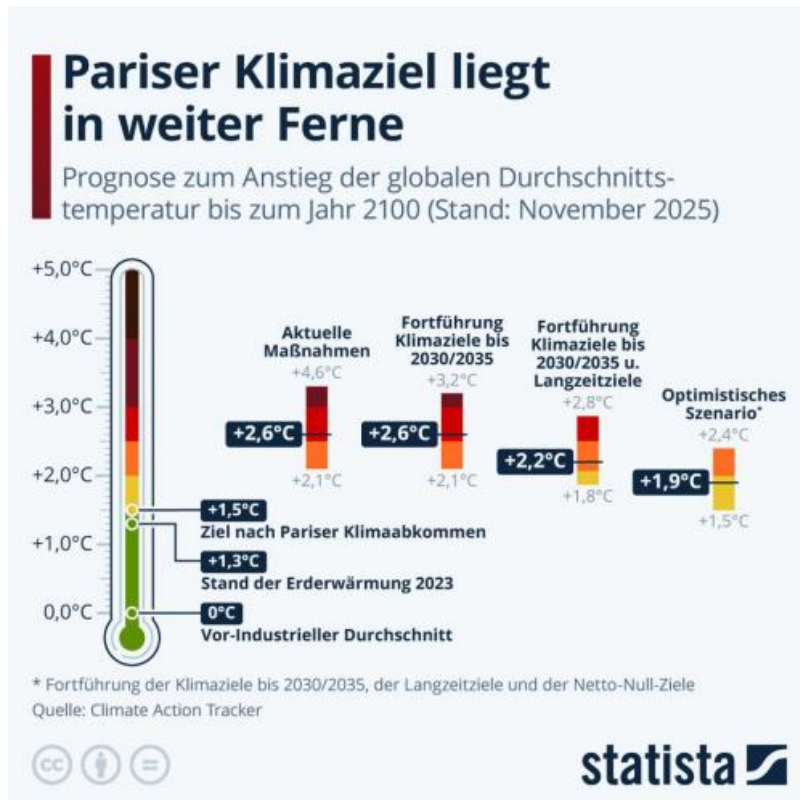
[^ Zum Inhalt](#)

Wie weit ist die Welt vom Pariser-Klimaziel entfernt?



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht auf die Grafik klicken

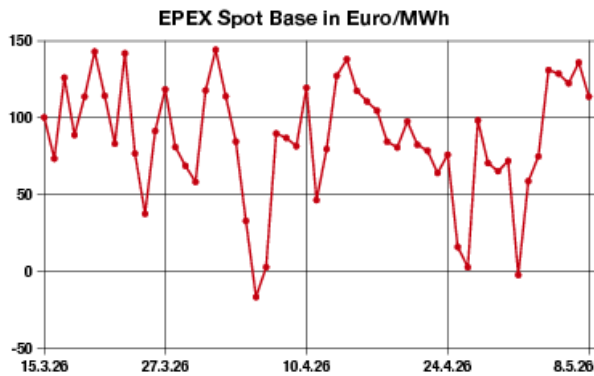
Quelle: Statista

Die Welt ist noch weit entfernt vom Ziel des Pariser Abkommens. Selbst bei Fortführung bestehender Maßnahmen steuert die Welt laut Climate Action Tracker auf einen Temperaturanstieg von +2,6 Grad Celsius im Median zu. Damit liegt die prognostizierte Erwärmung klar über dem angestrebten Limit von 1,5 Grad Celsius und auch deutlich über dem Stand von 1,3 Grad Celsius im Jahr 2023. Die Infografik von Statista verdeutlicht damit eine anhaltende Lücke zwischen politischen Zusagen und tatsächlicher Entwicklung. // [VON REDAKTION](#)

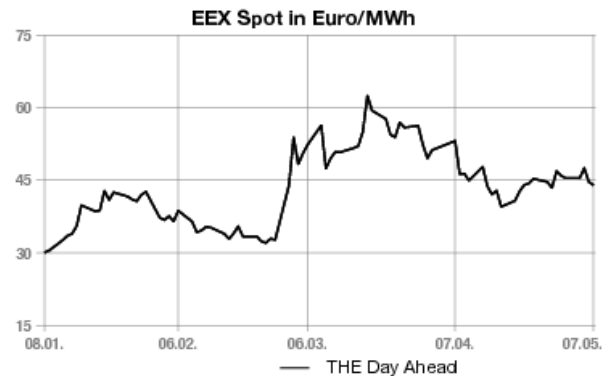
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Energienotierungen zeigen sich uneinheitlich



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO₂- und Gasmarkt.

Uneinheitlich haben sich die Energiemärkte am Donnerstag gezeigt. Strom notierte etwas fester, CO₂, Kohle und Erdgas notierten in enger Bandbreite. Öl gab infolge der Friedenshoffnungen im Mittleren Osten kräftig nach. Diese Erwartungen könnten sich jedoch als trügerisch erweisen. Zwar liegt dem Iran laut US-Präsident Donald Trump ein einseitiges Dokument mit Rahmenvereinbarungen vor, ob der Iran diesem aber auch zustimmt, gilt nicht als sicher.

Strom: Etwas fester hat sich der deutsche Strommarkt am Donnerstag gezeigt. Der Day-ahead gab allerdings deutlich nach. Die Grundlast fiel um 22,25 auf 114,00 Euro, die Spitzenlast sank um 29,50 auf 98,00 Euro. An der Börse kostete der Base 113,81 Euro, der Peak 97,62 Euro. Ursächlich für den Preisrückgang von Donnerstag auf Freitag ist die deutlich höhere Erneuerbaren-Einspeiseleistung. Am Freitag sollen sich die Beiträge von Wind und Solar laut Eurowind im Base auf 20,1 Gigawatt belaufen, während für den Donnerstag nur 15,4 Gigawatt vorhergesagt wurden.

Besonders signifikant soll der Anstieg der Einspeiseleistung in den Peakstunden ausfallen, was sich im höheren Preisabschlag für diesen Zeitraum niederschlägt. Bis einschließlich Montag dürfte die Erneuerbaren-Einspeiseleistung in etwa auf dem Niveau des Berichtstags verharren, danach soll es nach oben gehen. Das längerfristig orientierte US-Wettermodell rechnet für den Beginn der neuen Arbeitswoche und die Tage danach mit unterdurchschnittlichen Temperaturen in Deutschland, überdurchschnittlich bedecktem Himmel und nach einer Windspitze zu Anfang dieser Periode mit einem volatilen, in Summe aber durchschnittlichen Windaufkommen. Am langen Ende legte das Cal 27 um 0,49 auf 89,93 Euro zu.

CO₂: Die CO₂-Preise haben am Donnerstag etwas nachgegeben. Der Dec 26 verlor bis gegen 13.40 Uhr um 0,46 auf 75,59 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 9,4 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 76,77 Euro, das Tief bei 75,52 Euro. Die Analysten von Redshaw Advisors verweisen auf eine bessere technische Verfassung des Markts, nachdem am Vortag die Widerstandsmarke von 75,90 Euro genommen wurde. Weitere Luft nach oben besteht laut Redshaw zunächst bis 77,50 Euro. Die Überwindung dieser Schwelle setze allerdings weiteren Abwärtsdruck bei den Primärenergieträgern voraus.

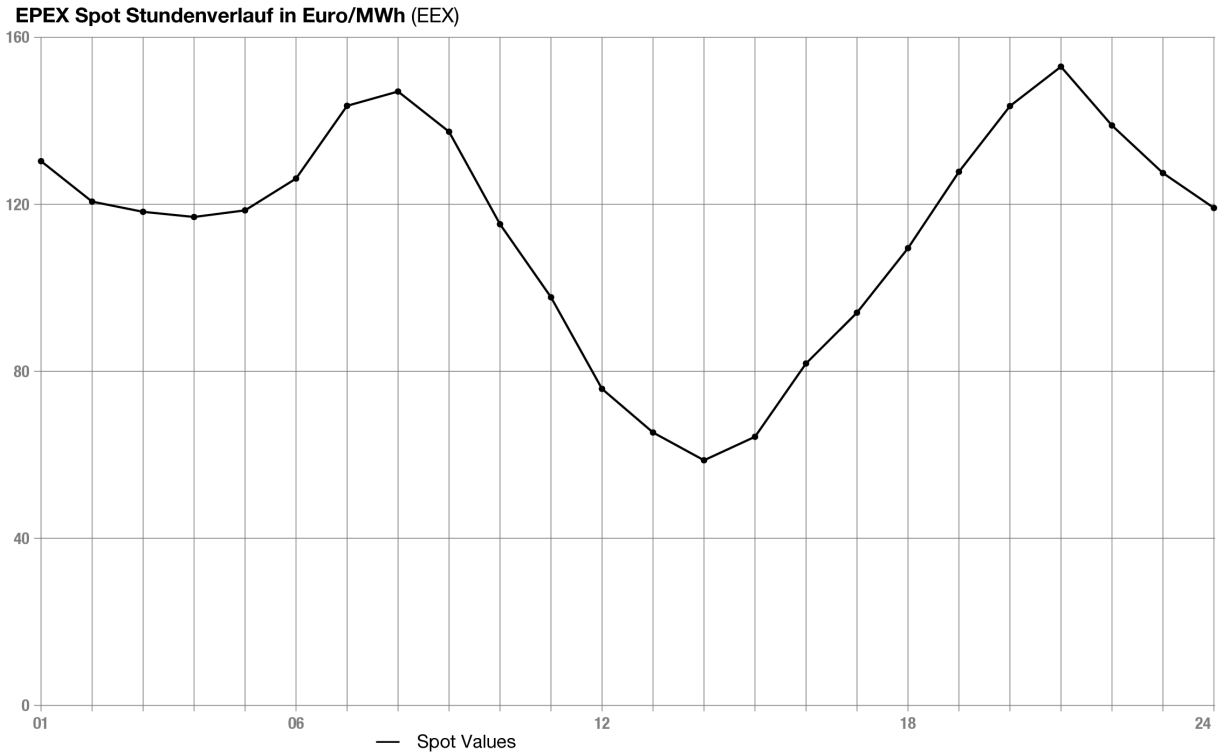
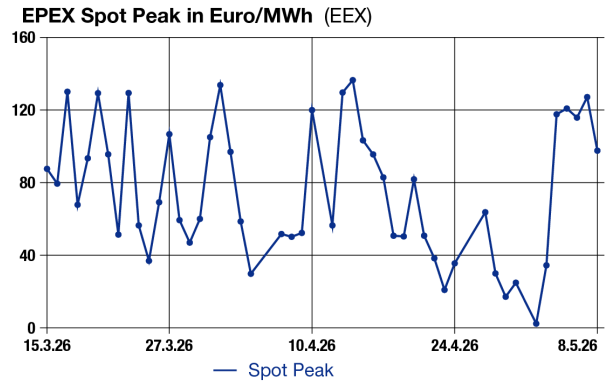
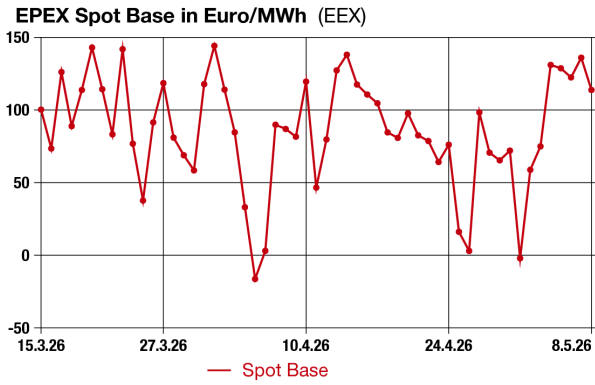
Erdgas: Geringfügig ermäßigt haben sich die Erdgaspreise am Donnerstag. Am TTF verlor der Frontmonat Juni bis gegen 13.40 Uhr 0,100 auf 43,700 Euro je Megawattstunde. Am deutschen THE sank der Day ahead um 0,350 auf 44,350 Euro je Megawattstunde. Erdgas folgt damit sehr zögernd den Vorgaben von Öl. Bullische Impulse dürften von Wetterprognosen ausgehen, die von einem kühlen und nassen Mai in Nordwesteuropa und Deutschland ausgehen. Zudem bleiben die Lieferungen aus Norwegen mit 278,7 Millionen Kubikmetern für den Berichtstag weiter sehr moderat. Ungeplante Wartungsarbeiten im Feld Troll und in der Verarbeitungsanlage Kärsto beeinträchtigen derzeit die Liefermöglichkeiten.

// VON CLAUS-DETLEF GROSSMANN

[^ Zum Inhalt](#)

ENERGIEDATEN:

Strom Spotmarkt



Strom Terminmarkt

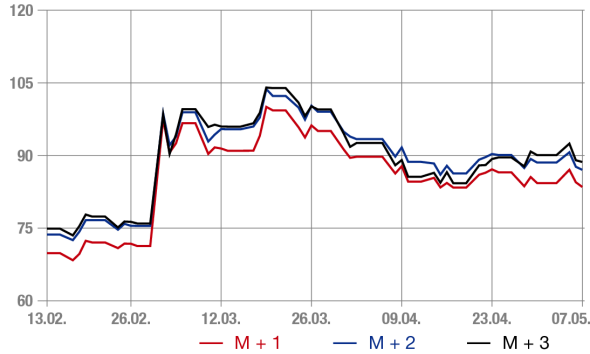
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	07.05.26	German Power Jun-2026	83,50
M2	07.05.26	German Power Jul-2026	87,04
M3	07.05.26	German Power Aug-2026	88,66
Q1	07.05.26	German Power Q3-2026	91,68
Q2	07.05.26	German Power Q4-2026	109,85
Q3	07.05.26	German Power Q1-2027	106,92
Y1	07.05.26	German Power Cal-2027	90,24
Y2	07.05.26	German Power Cal-2028	78,81
Y3	07.05.26	German Power Cal-2029	72,90

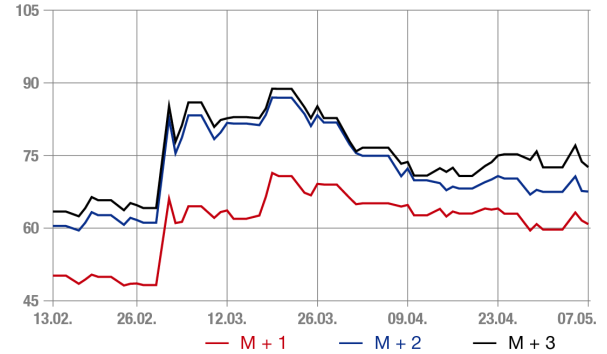
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	07.05.26	German Power Jun-2026	60,83
M2	07.05.26	German Power Jul-2026	67,55
M3	07.05.26	German Power Aug-2026	72,61
Q1	07.05.26	German Power Q3-2026	80,93
Q2	07.05.26	German Power Q4-2026	135,24
Q3	07.05.26	German Power Q1-2027	126,27
Y1	07.05.26	German Power Cal-2027	94,81
Y2	07.05.26	German Power Cal-2028	84,41
Y3	07.05.26	German Power Cal-2029	79,20

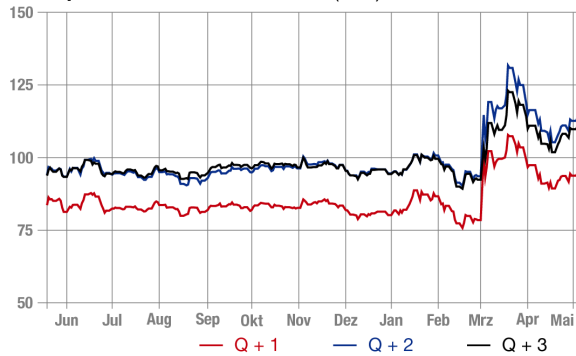
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



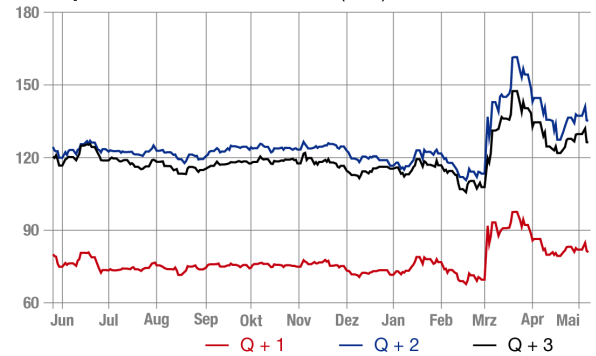
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



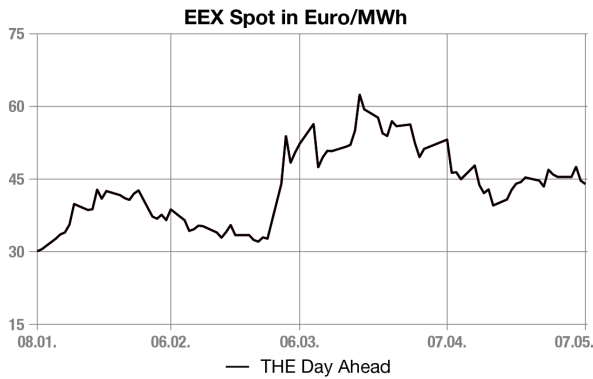
Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



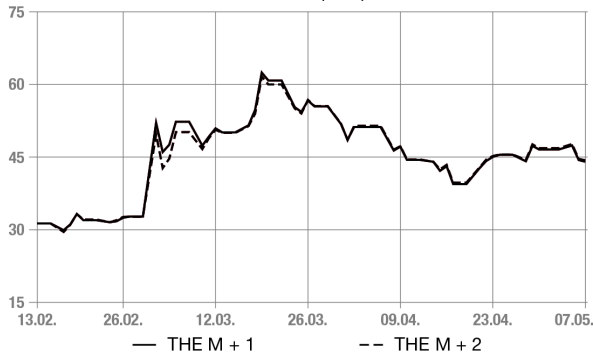
Gas Spot- und Terminmarkt

Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

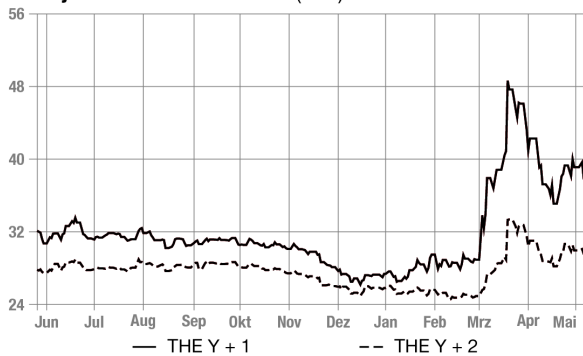
	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	07.05.26	German THE Gas Jun-2026	44,05
M2	07.05.26	German THE Gas Jul-2026	44,34
Q1	07.05.26	German THE Gas Q3-2026	44,42
Q2	07.05.26	German THE Gas Q4-2026	44,69
S1	07.05.26	German THE Gas Win-2026	44,34
S2	07.05.26	German THE Gas Sum-2027	35,50
Y1	07.05.26	German THE Gas Cal 2027	37,75
Y2	07.05.26	German THE Gas Cal 2028	29,54



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



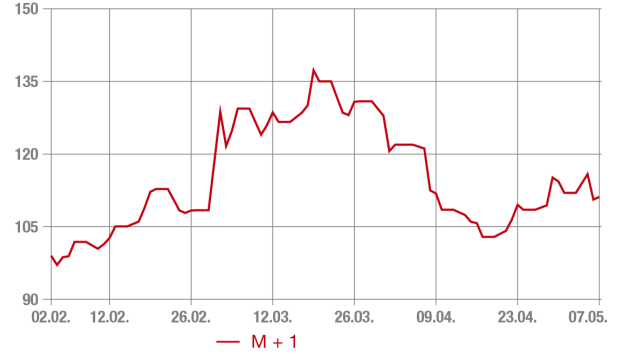
Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	07.05.26	113,81	EUR/MWh
Germany Spot peak	07.05.26	97,62	EUR/MWh
EUA Juni	07.05.26	74,11	EUR/tonne
Coal API2 Juni 2026	07.05.26	111,15	USD/tonne

Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	07.05.26	43,99	EUR/MWh
German THE Gas Jun-2026	07.05.26	44,05	EUR/MWh
German THE Gas Cal 2027	07.05.26	37,75	EUR/MWh
Crude Oil Brent Jul-2026	07.05.26	100,06	USD/tonne

EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Promoter (w/m/d) für den Umweltschutz Vollzeit / Teilzeit

Volle Kraft voraus für die Umwelt! Wir von Greenpeace kämpfen seit über 50 Jahren weltweit mit gewa...
in Essen

vor 2 h

Freie Mitarbeit Weiterbildung / Coaching



Pflegfachkraft (m/w/d) für unsere gastroenterologische Station

Für unsere Klinikum Landkreis Tuttlingen gGmbH suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt: Pflegef...
in Tuttlingen

vor 2 h

Ausbildung Weiterbildung



Promoter (w/m/d) für den Umweltschutz Vollzeit / Teilzeit

Volle Kraft voraus für die Umwelt! Wir von Greenpeace kämpfen seit über 50 Jahren weltweit mit gewa...
in Essen

vor 2 h

Freie Mitarbeit Weiterbildung / Coaching



Abteilungsleiter Vertrieb Strom und Gas B2C (m/w/d)

Job DescriptionStellenangebot\n \n \n\n\n\n \n \n Website \n\n Abteilungsleiter Vertrieb Strom und G...
in Deutschland

vor 2 h

Vorstand/Geschäftsführung / Abteilungs-/Teamleitung Weiterbildung / Flexible Arbeitszeit /
Kantine / Mitarbeitererevents



Mitarbeiter Netzberechnung u. Asset-Management Strom (m/w/d) Vollzeit / Teilzeit

Energie der Zukunft - komm in unser TEAM! Bist Du bereit, die Zukunft der Energiebranche mitzugestal...
in Bad Säckingen

vor 2 h

Festanstellung / Ausbildung / Freie Mitarbeit Weiterbildung / Flexible Arbeitszeit

[WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT](#)

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie



Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
Vielen Dank dafür!

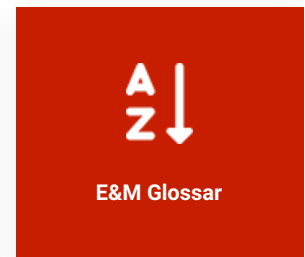
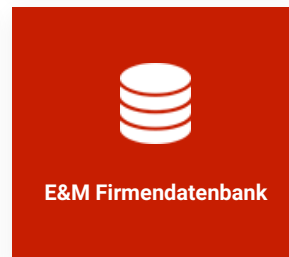
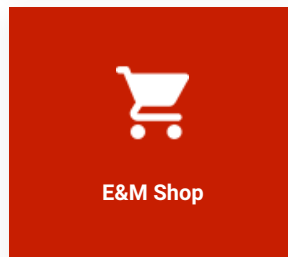
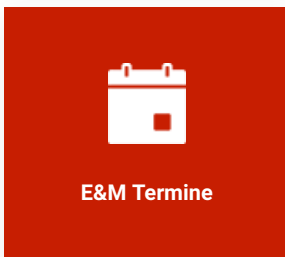
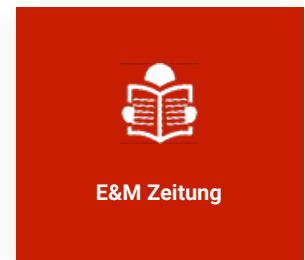
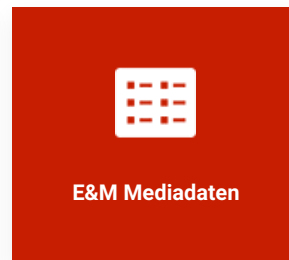
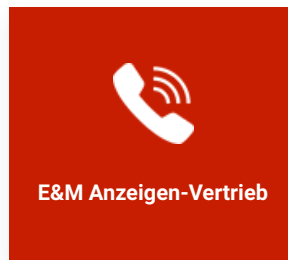
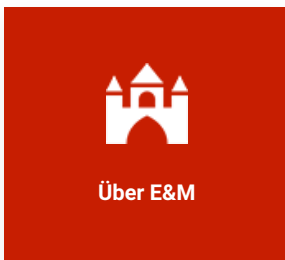
Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

